

**Die Ausplünderung der Werktätigen
oder
die Staatsverschuldung**

**Balkankonferenzen
und Protektoratserklärungen**

**Erklärung
Eine Bitte an die Völker Europas
Liegt Troja unterm Kurfürstendamm?**

Erklärung zum Tod von Ignatz Bubis

Dokumente, Erklärungen
Zentralkomitee
Arbeiterbund für den
Wiederaufbau der KPD
Plenartagung August 1999

Inhalt

Die Ausplünderung der Werktätigen oder Die Staatsverschuldung	3
Balkankonferenzen und Protectoratserklärungen	13
Eine Bitte an die Völker Europas Liegt Troja unterm Kurfürstendamm?	17
Erklärung Nicht begraben sein, möchte ich hier	23

DIE AUSPLÜNDERUNG DER WERKTÄTIGEN ODER DIE STAATSVerschULDUNG

I.

Das Geschrei der regierenden Sozialdemokratie, daß der Staat der BRD in Billionenhöhe verschuldet ist, daß der Staatsbankrott nicht weit sei, wenn jetzt nicht energische Maßnahmen ergriffen werden, beeindruckt große Teile des Proletariats und der anderen Werktätigen hierzulande. Da der Klassencharakter des bürgerlichen Staates von ihnen nur sehr bedingt wahrgenommen wird, schwächt dies ihre Bereitschaft gegen das Organ der Ausbeuterklasse wie gegen die staatliche erneute Ausplünderung in Höhe von 30 Milliarden, Widerstand entgegenzusetzen.

Der Staatshaushalt ist ein Werkzeug, mit dem ein Teil des Nationaleinkommens im Interesse der Ausbeuterklasse **neu** verteilt wird. Die Quelle für den Staatshaushalt sind **Steuern und Anleihen**. Marx schrieb, daß der Haushalt eines kapitalistischen Staates „... nichts anderes ist als ein Klassenbudget, ein Budget für die Bourgeoisie“. Die Steuern sind im Kapitalismus eine Form zusätzlicher Ausbeutung der Werktätigen, da ein Teil ihrer Einkünfte mittels des Staatshaushalts zugunsten der Bourgeoisie neu verteilt wird. Die Politik des bürgerlichen Staates ist darauf gerichtet, die Ausbeuterklasse steuerlich so wenig wie überhaupt möglich zu belasten. Die Hauptsteuerlast tragen also die werktätigen Massen, die Arbeiter, die Bauern, die Angestellten. Hinzu kommt, daß die Ausgaben des kapitalistischen Staates in ihrer überwiegenden Mehrheit unproduktiv sind. Neben den

Steuern sind ein wichtiger Einnahmeposten des kapitalistischen Staats die **Anleihen**. Mit einem bedeutenden Teil der durch Anleihen aufgebracht Mittel werden in erster Linie militärische Ausgaben gedeckt, wie, daß der Staat Lieferungen, die den Industriellen ungeheuren Profit bringen, bezahlt und Anleihen an andere Staaten mit horrender Verzinsung ausgegeben werden. Ein weiteres Merkmal des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist es, Kapital, das der Produktion entzogen wird, als fiktives Kapital der Monopolisten in Staatsanleihen zu verwandeln, was eine erhöhte Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Monopolisten möglich macht. Denn letzten Endes führen die Anleihen zu einer weiteren Erhöhung der Steuern der Werktätigen und zur Senkung der sozialen Ausgaben fürs Volk, da die Anleihen verzinst und getilgt werden müssen. In den bürgerlichen imperialistischen Ländern nimmt die Staatsschuld ungeheure Ausmaße an. Die Ausplünderung der Werktätigen und die Bereicherung der Monopolisten nimmt eine nie dagewesene Größenordnung an. Sie verstärkt den unproduktiven und parasitären Charakter der Verschwendung des Nationaleinkommens.

Die Ursache der Staatsverschuldung der BRD ist die Quelle ihres Reichtums

An der Oberfläche der Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft stellen sich die Einkommen und ihre Quellen in verzerrter, fetischisierter Form dar. So geschieht es auch mit der Staatsschuld der BRD. Die Staatsschuld der BRD erweckt den Anschein, als sei der Staat, der ideelle Gesamtkapitalist auf dem Weg des Ruins, sei er pleite, hochverschuldet. So der Schein. Dieser Fetisch findet seine Entsprechung oder Widerspiegelung in den Massen, in der Furcht, dieser Staat sei bald zahlungsunfähig und auch die Werktätigen hätten ein ureigenes Interesse daran, daß die Staatsverschuldung verkleinert wird. Der Schein trügt! Das Gegenteil ist der Fall. Es ist der unermeßliche Reichtum, den das Proletariat durch seiner Hände Arbeit geschaffen hat, der die Staatsverschuldung der BRD ermöglicht und geschaffen hat. Es ist

das gewaltige Nationaleinkommen der Arbeiter und anderen Werktätigen und die kleinliche und begrenzte Möglichkeit, es in produktives Kapital noch zu verwandeln, die dem Finanzkapital den Kauf von Staatsanleihen als einen profitablen Ausweg aufweist. Es ist dies eine gigantische Umverteilung des Nationaleinkommens, das den Titel Staatsschuld trägt. Der Staat verschuldet sich bei den Großbanken, um den Großbanken den größtmöglichen Profit, den größtmöglichen Anteil am Nationaleinkommen zu sichern. Jede Mark Zins, die der Staat den Banken zurückzahlt, ist eine Mark vom Arbeiter. Ist eine Mark, mit der das Nationaleinkommen zugunsten der Finanzoligarchie umverteilt wird. Demzufolge wächst mit den Staatsschulden im Inneren des Landes der Reichtum der Gläubiger. Die vom Staat geliehenen Kredite werden in der Hauptseite nicht als Kapital verwandt zur Produktion von Mehrwert, sondern unproduktiv verausgabt (Gewaltenapparat, Militarismus, Privilegien der Reichen etc.) und sie existieren deswegen als fiktives Kapital.¹ Die Gläubiger der Staatsschulden werden Jahr für Jahr mit Zins und Zinseszins überschüttet und erfreuen sich eines stets wachsenden Reichtums. Das Finanzkapital dominiert und unterwirft sich den staatsmonopolistischen Kapitalismus und seinen Staat und beutet die Arbeiter und anderen Werktätigen mittels der Anleihen, die sie ihrem Staat gewähren, aus. Der Arbeiter wird somit nicht nur vom industriellen Kapitalisten ausgebeutet, sondern zunehmend vom Finanzkapital über die Form der inländischen fiktiven Staatsverschuldung.

Die Hälfte aller Staatsschulden der BRD von knapp 2400 Milliarden Mark gehören den Großbanken, die knapp 1200 Milliarden Mark an den Staat verliehen haben. Bei dem derzeit üblichem Zinssatz, dem Staat gegenüber von 8 %, der an Banken gezahlt wird, erhalten die Großbanken in nur 9 Jahren 1200 Milliarden Mark Zinsen. Ihr ausgeliehenes Geld hat sich also in 9 Jahren verdoppelt und wäre auf 2400 Milliarden Mark

¹ Karl Marx, MEW Band 23, Seite 782-785; MEW Band 25, S. 482-483

angewachsen. Wovon hat der Staat die 1200 Milliarden Mark gezahlt? Neben Steuern, die die Werktätigen aufbringen und einem weiteren Teil des Nationaleinkommens von der Gesellschaft durch neue Kredite von den Banken. „Als Warnzeichen muß insbesondere gelten, daß der Anstieg der Schuldenquote in den letzten Jahren ... wesentlich mit der hohen Zinsbelastung zusammenhängt. Damit nährt sich die Verschuldung aus sich selbst heraus“, schrieb die Deutsche Bundesbank 1997 (Monatsberichte 3/97). Somit wird sich auch die Staatsschuld bei den Banken in 9 Jahren verdoppeln und mit ihr die Zinszahlungen. Diese 1200 Milliarden Mark Zinsen entsprechen nach heutigem Stand etwa der Summe von 3 Bundesjahreshaushalten mit sämtlichen Zahlungsposten oder andersherum gesagt: Von den Bundeshaushalten in 9 Jahren fließen 3 direkt in die Tresore der Großbanken. Man kann auch sagen, daß die 1200 Milliarden Mark Zinsen von 9 Jahren 40 Sparpaketen des Herrn Eichel à 30 Milliarden Mark entsprechen. Wohlgermerkt dies alles durch Zinsaufbringung des Staates, was noch keine einzige müde Mark Schuldenabbau bedeutet.

Der Reichtum der Staatsverschuldung erscheint zugleich auch in den Umsätzen der Großbanken. So weist die Deutsche Bank mittlerweile eine Bilanzsumme von 1500 Milliarden Mark aus, was 3 ½ Bundeshaushalten der BRD gleichkommt.

An diesen Tatsachen bestätigt sich die von Lenin nachgewiesene und in unserem Programm beschriebene immer mächtiger werdende Rolle der Großbanken im Staatsmonopol.

Die Staatsverschuldung im Inland ist nicht real, sondern fiktiv, wie oben gezeigt. Real dagegen sind die Staatsschulden gegenüber ausländischen Kapitalgebern, die heute bei 770 Milliarden Mark liegen und auch von den ausländischen Kapitalisten eingetrieben werden und beglichen werden müssen. Diese Schulden resultieren größtenteils aus der Annexion der DDR. Zum einen ist die Vernichtung von gesellschaftlichem Reichtum in

dem annektierten Gebiet größer als die verbliebene Produktion und Reproduktion. Es wurde und wird mehr zerstört als produziert wird. Dies führte zur Kreditaufnahme auch im Ausland und zu realen Schulden, insbesondere bei englischen und französischen Banken. Andererseits sind auch die Schulden des annektierten Gebiets, der DDR, fiktiv oder anders gesagt, reine Luftbuchungen im Staatshaushalt der BRD. Denn ein Teil der sogenannten Schulden der DDR sind fiktive Schulden, da sie aus der Rechnungsführung der bestehenden DDR entnommen sind und beim Untergang des Staates eigentlich gelöscht hätten werden müssen.

Zugleich ist die BRD Gläubiger anderer Staaten, die beim bundesrepublikanischen Staat verschuldet sind, so etwa Österreich, Ungarn, Polen etc., die dem deutschen Staat zu einem Teil schon faktisch gehören. Etwas populärer drückt es der Journalist Paul C. Martin in der Zeitung „Die Welt“ im Jahr 1981 aus. Auf die Frage, wie Polen seine riesigen Schulden beim deutschen Staat eines Tages abzahlen sollte, antwortete er: „Dann nehmen wir uns eben Schlesien.“

Die weltweite Verschuldung der kleineren und schwächeren Staaten hat zur Folge, daß sie hohe Zinsen zu zahlen haben in den Währungen der größten Imperialisten und ständig alles daran setzen, z.B. DM zu bekommen, in DM abzurechnen und zu handeln, ihre Zentral- und Notenbanken den Imperialisten zu überlassen. Dadurch wird ihre eigene Währung nicht nur unbedeutender, sondern ihr Währungsverfall führt dazu, daß sie noch mehr Zinsen, noch mehr eigenes Nationaleinkommen ihres Landes an die Imperialisten, an die BRD, überweisen müssen, bis dahin, daß ihre Nationalwährung Null und nichtig wird und die Fremdwährung in ihrem Land die Sozialökonomie wie das ganze Land bestimmt. Diese hochverschuldeten Staaten sind gezwungen ihren Nationalreichtum zu verschleudern, zu privatisieren und zu liquidieren. Diese Schuldnerstaaten können ihre gesamtgesellschaftlichen Aufgaben weniger wahrnehmen als je zuvor. Entwickelte der Kolonialismus noch Produktionsstätten und

ein Proletariat durch den Bau von Verkehrswegen und Bergwerken etc., so schlägt der Imperialismus das alles kurz und klein, und diese Länder finden sich ökonomisch gesehen immer mehr im frühstaatlichen Feudalismus und politisch im Protektorat wieder. Nicht mit Kanonen, sondern über die Währung mittels der Staatsschulden. Die Revolution wird diesen Völkern immer mehr erschwert und ebenso der revolutionäre und sozialistische Aufbau.

Die innere Staatsverschuldung besteht aus dem fiktiven Kapital, das nicht zur Produktion verwandt wird, sondern ständig Zins und Zinseszins abwirft und das Volk täglich verarmt. Was ist die Folge davon, daß über $\frac{1}{4}$ des Staatshaushaltes in der BRD als Zinsen in die Banktresore fließen? Der Staat kommt seinen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben innerhalb des Kapitalismus in immer geringerem und immer kleinerem Maße nach. Die Verwertung des produktiven Kapitals wird dadurch erschwert, die Kanalisationen in den Großstädten verrotten, die Bahn funktioniert immer weniger, der staatliche Wohnungsbau ist eingestellt. Ebenso ist die Staatsverschuldung ein Punkt für die Privatisierung von Bahn und Post und Müllabfuhr etc.

II.

Der Steuerzahler, das Proletariat, die Bauern und Angestellten haben **kein** eigenes Interesse daran, daß die vorhandene Staatsschuld abgezahlt wird oder sich verkleinert. Denn jede Verkleinerung der schon angehäuften inländischen Schulden des Staates macht die Finanzoligarchie noch reicher durch die Aneignung eines weiteren Teils des Nationaleinkommens. Die Haltung des Proletariats und ihrer Gewerkschaften kann nur sein, die Finanzkapitalisten sollen auf ihren Staatsanleihen sitzen bleiben. Keine weitere Auszahlung von Seiten des Staates an die Gläubiger, die Banken. Verweigerung der Zinszahlung an die Banken. Nichts anderes raten wir auch den kleinen und geschröpften Schuldnerstaaten der BRD. Keine weitere

Ausplünderung des Volkes in der BRD, keine weitere Ausplünderung der geknechteten Völker anderer Länder durch die BRD. Soll dieser Staat doch pleite gehen, es trifft nur die Kapitalisten. Aber nur dann, wenn die Arbeiterklasse den Kampf gegen die erneute und erweiterte Umverteilung zuungunsten der Monopolisten und zu seinen ureigensten Gunsten aufnimmt. Was hat es die Arbeiterklasse zu berühren, wenn der Staat bei den Banken in der Kreide steht, ist doch der Staat, der Staat der Banken und anderer Monopolisten? Warum soll das Proletariat dafür sein, daß 30 Milliarden in Form von Zins die Monopolbourgeoisie aus dem vom Proletariat geschaffenen Nationaleinkommen erhält? Warum sollen das Proletariat, die Bauern und Angestellten weiter verarmen, nur um den deutschen Banken Profite in die Kassen zu scheffeln? Die sie dann in Form von weiteren Anleihen dem Staat aufzwingen, um dann noch mehr die Werktätigen die vergrößerten Staatsschulden begleichen zu lassen.

Das muß der Kampf des Proletariats sein:

Kein Pfennig für Schuld- und Zinstilgung!

Sofortige Aussetzung der Zinszahlung des Staates an die Gläubigerbanken!

Keine Mark weiter für die Umverteilung des Nationaleinkommens an die Gläubiger!

Allein das Einfrieren der Zinsen an die Räuber des Nationaleinkommens bringt dem Staat über Tausende Milliarden in die Kasse. Die geringste Haltung einer Gewerkschaft ist, daß die Zinsen des Staates an die Banken von 8 % auf den Satz der Sparbuchzinsen von 2-3 % zu senken sind. Dies würde dazu führen, daß die Zinseszinsen auf die derzeitigen 1200 Milliarden Mark Bankkredite in den nächsten Jahren nicht auf 2400 Milliarden Mark wachsen, sondern auf 1550 Milliarden Mark, also eine Einsparung pro Jahr von 90 Milliarden Mark, beziehungsweise die Summe von 3 Sparpaketen jährlich.

Dem Proletariat und seinen Gewerkschaften kann es auch nicht gleichgültig sein, daß sich der Staat immer mehr und erneut verschuldet bei den Banken, und dies allein nicht nur dadurch, weil durch wachsende Kredite der Reichtum der Banken wächst und der sich ausdrückt im Sinken der gesamtgesellschaftlichen Ausgaben des ideellen Gesamtkapitalisten, sondern der Arbeiterklasse kann es ganz und gar nicht egal sein, ob der Staat innerhalb des Kapitalismus Schienennetze baut oder verkommen läßt, ob er die Verstaatlichung rückgängig macht und individual privatisiert wie bei Post und Bahn. Eine Klasse, die nicht dagegen kämpft, daß ein kleiner Teil der Monopolbourgeoisie sich einen immer größeren Anteil am Nationaleinkommen durch die Staatsverschuldung sichert, wird sich die Revolution kaum erkämpfen können. Denn der Kampf der Arbeiterklasse ist allemal erfolgreicher zu führen gegen einen Kapitalisten in Form des Staates als gegen hunderte, mit einer riesigen Arbeiterarmee bei einer Staatsbahn, als mit vielen kleinen Belegschaften in vielen Kleinbetrieben. Zudem ist von großer Bedeutung, wie dieses Land nach der Erhebung der Arbeiterklasse, nach der Revolution ökonomisch dasteht. Ob die Diktatur des Proletariats unter den schlechtesten ökonomischen gesellschaftlichen Bedingungen beginnt, was den Aufbau des Sozialismus ungeheuer erschwert, oder ob das Proletariat dagegen kämpft beim Herankommen an die Revolution, dem ideellen Gesamtkapitalisten Staatsschulden auf Kosten des Proletariats und zuungunsten der Ökonomie zu machen.

Sofortige Senkung der direkten und indirekten Steuern, die von den Werktätigen aufgebracht werden! Neben dem Kampf des Proletariats gegen die Staatsschulden, gegen ihre Zinsleistung zur Bereicherung weniger Monopolisten ist das Proletariat gut beraten wie in alter Zeit auch die Kapitalsteuern und Vermögenssteuern der Bourgeoisie nicht zu schenken. Insbesondere einer Bourgeoisie, die von allen Bourgeoisien der kapitalistischen hochindustrialisierten bzw. imperialistischen Ländern die geringsten Steuersätze entrichtet. Dies lindert nicht die Staatsschulden und ihre Verzinsung, aber das Nationaleinkommen der Gesellschaft wird

nicht ausschließlich und alleine wie zur heutigen Stunde vom Volk getragen. Der Kampf gegen die Zinszahlung und die Verschuldung, also die Umverteilung des Nationaleinkommens an die Monopolbourgeoisie ist die Antwort auf die Sozialdemokratie mit ihrem 30 Milliarden-Schuldeneintreibpaket. Sie ist auch eine Antwort darauf, wie heute der Kampf um einen gesetzlichen Erlaß um die dringendsten 7 Forderungen² geführt werden muß. Unter den heutigen Bedingungen im Proletariat wird es so sein: nur wer versteht, daß dieser Staat reich ist und nicht verschuldet, der wird aufbegehren und kämpfen. Es handelt sich um einen Kampf gegen den Staat, den wir in den Mittelpunkt unserer täglichen gewerkschaftlichen und betrieblichen Arbeit zu stellen haben. Dies wiederum bringt uns auch einen besseren Boden für die minimalen 7 Forderungen.

Die Ortsgruppen sind aufgefordert, die Frage der Staatsverschuldung und die Organisation des Proletariats in der Staatsfrage auf ihrem Plenum erneut zu erörtern, die Kampfaufgaben des Tages festzulegen und damit in den Betrieben und Gewerkschaften zu arbeiten, wie die Programmatik der Organisation, wie unerläßlich und dringend es ist, die Banken zu enteignen und den kapitalistischen Staat zu stürzen und an seiner Stelle den proletarischen Staat und die Vergesellschaftung des Reichtums und des Nationaleinkommens unter dem Proletariat zu agitieren und aufzuklären.

² Gewerkschaftsforderungen: „Das Machbare machen. Gesetze für die Arbeiter jetzt.

Das fordern wir: *Aufhebung aller Gesetzesnovellierungen im Gesundheitswesen seit 1982 / Aufhebung aller Verschlechterungen bei den Renten / Aufhebung aller Verschlechterungen bei der Erwerbslosenstütze seit 1982 / Gesetzliche Lohnfortzahlung mit 100% / Gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich / Die Arbeiterkassen wieder in Arbeiterhand / Obligatorisch angetragene Staatsbürgerschaft für alle, die hier leben. Abschaffung der deutschen Blutsstaatsbürgerschaft.“*

BALKANKONFERENZEN UND PROTEKTORATSERKLÄRUNGEN

Der „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ auf der Grundlage der „Erklärung des Gipfels von Sarajewo“³ bedeutet die Fortsetzung der Unterminierung der Nationalstaaten in Südosteuropa. Der Luftkrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien hat auch die umliegenden Anrainerstaaten ungeheuer geschwächt. Nach dem Wegbrechen ihrer Haupthandelspartner UdSSR, DDR und der Zersetzung Jugoslawiens in den letzten Jahren und Monaten stehen sie nun vor einem weiteren Fiasko. Ein Drittel ihres Außenhandels tätigten sie mit Jugoslawien, das ihnen über Nacht weggebombt wurde. Das Diktat des Stabilitätspakts raubt ihnen real die eigene Währung (ihre Nationalwährung wird immer mehr zu einem Spielgeld), dieses Diktat verwehrt ihrer Notenbank, den Staatshaushalt zu finanzieren und die äußerst schwachen nationalen Bourgeoisien werden ihre Zentralbanken nicht mehr beherrschen, so schrieb z.B. das Handelsblatt vom 5.8.99: *„Der Notenbank wird verwehrt, den Staatshaushalt zu finanzieren ... in der strikten Version des Currency Boards... Ein strenges Währungsregime kann auch Machtmißbrauch und Korruption mildern, wenn die politische Klasse nicht mehr die Zentralbank beherrscht... Der schnellste Weg für die Länder der Balkanregion, sich eine stabile Währung zuzulegen, wäre die sofortige Übernahme des Euros oder einer Teilnehmerwährung (zum Beispiel der D-Mark)...“* Diese Länder finden sich wieder in der Situation der DDR vom Juli 1990, als die BRD mittels einer „Währungsunion“ der DDR ihre eigene Nationalwährung nahm.

³ Erklärung des Gipfels von Sarajewo. Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, 3. August 1999, S. 493.

„Der radikalste Weg zur Übernahme Ostdeutschlands“, so Philipp Zelikow.

Die Staaten Südosteuropas haben ihr politisches System dem Diktat der zwei großen, der BRD und der USA, aber auch in einem gewissen Sinne England und Frankreich zu unterwerfen bis hinunter in ihre Verwaltungsebenen. Sie müssen ihren Nationalstaatsapparat den Imperialisten unterstellen bis dahin, daß die Imperialisten diktieren, wie ihre „verantwortungsvolle Regierungspolitik“ auszusehen hat. Ihre Nationalökonomien haben sie den imperialistischen Konzernen zu unterstellen, profitabel zu privatisieren und wo sie dem Imperialismus Konkurrent sind, zu liquidieren. Ihr nationaler Gewaltenapparat, die Polizei, die Justiz und Armee werden von den Imperialisten neu geordnet und ihrem eigenen Gewaltenapparat unterstellt. Die Außenpolitik bestimmen die Protektoratsverwalter gleich mit. Die Staatsgrenzen, das Völkerrecht auf Unversehrtheit der Grenzen werden diese Staaten nicht mehr schützen, denn sie sollen „nicht mehr eine Trennung bedeuten“. Die Bundesrepublik Jugoslawien wird offen und krieglerisch bedroht, ein Teil ihres Landes wie Montenegro schon als unabhängige „Republik“ aufgeführt, was auf die weitere Zerschlagung und Zerstückelung Jugoslawiens hinausläuft. Mit den südosteuropäischen Staaten wurden nicht einmal Verträge abgeschlossen, geschweige völkerrechtsverbindliche Verträge angeboten, sondern ihnen wurde einfach die „Erklärung des Gipfels von Sarajewo“ mitgeteilt. Die betroffenen Staaten hatten dieses Diktat zu begrüßen und sich zu unterwerfen. Daß sie sich diesem Diktat unterwarfen, zeigt ein weiteres Mal, was die Zerstörung des Sozialismus durch den Revisionismus in diesen Staaten angerichtet hat, wie schwach und hilflos die neue, kleine Nationalbourgeoisie dieser Länder ist.

Der Balkanpakt greift nicht nur die aufgeführten Staaten wie Bulgarien, Rumänien, Albanien oder das abgetrennte Mazedonien etc. an und unterwirft sie dem Balkanprotektorat. Auch Griechenland und Italien können bei Gelegenheit darunter fallen, da der „Raum Südosteuropa“ bewußt nicht definiert und eingegrenzt

wird. Oder wie es ein Regierungsbeamter im Auswärtigen Amt der BRD ausdrückte: Dies mache gerade den „Charme des Paketes aus“.

Der Balkanpakt sanktioniert alle bisher illegal durchgeführten Angriffe auf die Souveränität der osteuropäischen Staaten, wie sie die BRD bisher durchgeführt hat. Er ist völkerrechtswidrig und setzt die mit der Annexion der DDR begonnene Praxis fort.

Eine Schwächung erfährt der deutsche Imperialismus dadurch, daß die USA jetzt in einem Gebiet mit drin sind, daß zuvor die BRD als ihre eigene Domäne ständig angegriffen und unterminiert hat, aber keine anderen Imperialisten als Konkurrenten zu fürchten hatte.

Eine Bitte an die Völker Europas

LIEGT TROJA UNTERM KURFÜRSTENDAMM?

Im Jahre 1873 plünderte ein gewisser Heinrich Schliemann an einem Ort, den er für das antike Troja hielt, Gräber, die vermutlich mehr als viertausend Jahre alt sind. Das geraubte Gold, das Herr Schliemann in seiner begeisterten Gier für den "Schatz des Priamos" hielt, schmuggelte er ins wilhelminische Berlin. Weihevoll vermachte er seinen Diebstahl "dem deutschen Volke". Heinrich Schliemann wurde zur intellektuellen Leitfigur einer Epoche, die solide Halbbildung, anmaßenden Nationalismus und geschäftliche Gerissenheit glücklich vereint.

"Es ist ein armseliges, kleinliches Ideal, für eine Nation zu schreiben" (Schiller in einem Brief an Körner).

Schliemann bewies ein souveränes Verständnis dafür, daß es ganz gleichgültig ist, ob das große Troja unter einem türkischen Steinhäufen oder unter dem protzigen Kurfürstendamm begraben ist: Die großen Werke der Kultur haben keine nationalen Besitzer, sie gehören den Völkern der Welt, sie sind das Erbe unserer Zukunft. Allerdings brauchen die großen Werke der Kultur Wächter, die sie hüten und schützen und sie zugänglich machen für jedermann.

War Beethoven ein Pole?

"Zusammen mit den Fragmenten der Beethoven-Urschrift (der Achten Symphonie) hat man 1941 nach den ersten Bombenangriffen auf Berlin etwa 20000 Notenhandschriften von

Bach, Mozart, Mendelssohn-Bartholdy und Schubert in die Benediktinerabtei Grüssau in Schlesien ausgelagert, dazu Briefe und Nachlässe unter anderem von Goethe, Herder, Hoffmann von Fallersleben, Humboldt, Kleist, Kant, Lessing und Schiller. 1945 wurde aus Grüssau Krzeszow - die Kostbarkeiten befanden sich ohne polnisches Zutun nunmehr auf polnischem Gebiet. Seit Jahren signalisiert Polens Regierung die Bereitschaft zur Rückgabe, macht aber keinen Hehl daraus, daß sie die wertvollen Handschriften als Faustpfand im Streit um die Rückgabe polnischer Kunstschatze betrachtet, die von den Nazis geraubt worden sind, oder als Schadensersatz für vernichtete Werke. In der Tat hat Polen auf diesem Gebiet ungeheure Verluste erlitten. Zwei Drittel des gesamten Bibliotheksbestands haben den Krieg nicht überdauert. Handschriften und Nachlässe größter polnischer Schriftsteller wie Mickiewicz, Slowacki, Sienkiewicz, Norwid, Wyspianski, Chopin endeten nach dem Warschauer Aufstand auf dem Scheiterhaufen. Ähnlich erging es den Warschauer kartografischen Sammlungen, so „daß die Berliner Staatsbibliothek heute über reichere Bestände an historischen polnischen Stadtplänen verfügt als alle polnischen Archive zusammen.“ (Zeit Nr. 32, 5.8.99 S.9)

"Kulturgüter sicherstellen, die zur Erforschung der Tätigkeit der Gegner des Nationalsozialismus und für die nationalsozialistische Forschung geeignet sind" (Direktive des Reichsleiters Rosenberg für den Abtransport ungezählter Tonnen von Büchern und anderer Kulturgütern aus der Sowjetunion nach Nazideutschland).

Als im Juni 1945 Sowjetsoldaten den "Schatz des Priamos" in Holzkisten verpackten und nach Moskau abtransportierten, zogen die Völker der Welt damit nur die Konsequenz daraus, daß sich der deutsche Imperialismus als völlig ungeeignet erwiesen hatte, das kulturelle Erbe der Menschheit, soweit es sich in seiner Hand befand, zu schützen und es zugänglich zu machen für jedermann. "Der Faschismus verbrennt Bücher. So ist er." (Heinrich Mann). Heute fordert Großdeutschland das, was er, ganz in Schliemannscher Rede- und Denkweise, "Beutekunst" nennt, von der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern

zurück. Mit keinem anderem Recht als dem der soliden Halbbildung, dem anmaßenden Nationalismus und der geschäftlichen Gerissenheit, inzwischen vermehrt um Auschwitz und Buchenwald.

Was man damals verbrannte, wird heute abgewickelt

Mit der Annexion der DDR bewies der deutsche Imperialismus, wie sehr er sich geläutert hatte. Dieses Mal wurden die Bücher nicht verbrannt sondern untergepflügt. Kein Albert Einstein wurde wegen undeutscher Physik vertrieben, statt dessen wurden Kultur und Wissenschaft samt den dazugehörigen Wissenschaftlern "abgewickelt":

"Nach vorliegenden Schätzungen sind bis Ende 1991 mehr als 50% der ehemaligen Wissenschafts,- und Forschungslandschaft (inkl. Industrieforschung) der ehemaligen DDR institutionell oder personell liquidiert. Von 80000 Industrieforschern arbeiten nur noch 20000 in der Wirtschaft des Ostens. Das ist ein Vorgang, der in der europäischen Geistesgeschichte ohne Beispiel ist." 70 000 Wissenschaftler der DDR werden überflüssig gemacht, mit Renten unter dem Sozialhilfeniveau. Die Geisteswissenschaften haben ausgedient Aber nicht nur sie. Abgewickelt wurde unter anderem :

- Der Bereich Hoch- und Fachhochschulpädagogik und das Institut zur Ausbildung von Ingenieurspädagogen der Universität Chemnitz,
- der Bereich Ethik und Sozialwissenschaften der Pädagogischen Hochschule Leipzig,
- die gesamte Deutsche Hochschule für Körperkultur und Sport,
- das Institut für Sozialhygiene, die Abteilung für Epidemiologie und die Abteilung für Pathologische Anatomie der Friedrich-Schiller-Universität Jena,
- die Fachhochschule Ilmenau/Suhl mit ihren Abteilungen Plasmatechnik Meiningen, das Technikum Feinmechanik-Optik-Elektronik,
- das Institut für Pädagogische Psychologie der Universität

- Greifswald,
- das Institut für Sozialhygiene und Gesundheitsinformation
Cottbus,
 - das Institut für Tierärztliche Lebensmittelhygiene
Dahlwitz/Hoppegarten,
 - das Zentralinstitut für Apothekenwesen und Medizintechnik
Frankfurt/Oder,
 - das Meteorologische Institut (Umweltmeteorologie)
Lindenberg/Potsdam,
 - das Institut für Ökonomie des Ressourcenschutzes, Potsdam
 - das Staatliche Institut für Epizytologie und Seuchenbekämpfung,
Wusterhausen,
 - das Institut für angewandte Tierhygiene,
 - das Forschungszentrum für Bodenfruchtbarkeit, Müncheberg,
 - die Ingenieurschule Berlin-Wartenberg..."

"Hier wird", stellte die Süddeutsche Zeitung damals fest, "mit kühler Geste eine komplette Hochschullandschaft zu Trümmern zerschlagen. Wie anders kann man es nennen, wenn aus 52 Universitäten künftig 10 werden sollen und aus 270 Fach- und Ingenieurschulen 20, in Worten: zwanzig."(Süddeutsche Zeitung 13./14. 7.1991)

"Die Deutschen haben unsere Bibliotheken verbrannt, wir haben ihre gepflegt und erhalten." (Der Direktor der Jagiellonen-Bibliothek in Krakau, wo Beethovens Handschrift der Achten Symphonie aufbewahrt wird)

Kein "Schatz des Priamos", keine Handschrift Beethovens, nichts ist vor den deutschen Beutemachern sicher. Solange das so ist, solange wir das nicht ändern konnten, solange können wir die anderen Völker nur bitten: Verschließt Eure Museen, verammelt Eure Archive, vernagelt Eure Schlösser und Kirchen vor den Grabräubern und Bücherverbrennern aus Berlin. Behaltet und beschützt, was Eure Soldaten dem deutschen Faschismus entreißen konnten.

Liefert dem Vierten Reich nicht aus, was Ihr vor dem Dritten gerettet habt. Solange dieses Land seiner Schande nicht gedenken kann, solange ist es ein schlechter Hüter der Achten Symphonie.

Erklärung

Nicht begraben sein, möchte ich hier

Hätte er in seinem Leben nichts anderes geleistet, als dies: Daß er sitzenblieb wie ein Mann, während der herrschende Abschaum dieses Staates hochsprang von den Stühlen der Paulskirche und dem Walser zujubelte, der Auschwitz für Null und nichtig, vergeben und vergessen erklärte, hätte also Ignatz Bubis in seinem Leben nichts anderes geleistet, er verdiente allein dafür den Titel eines Gerechten der Völker. Daß man nichts Großes tun muß in diesem Land, um ein großer Mensch zu sein, daß aber das Selbstverständliche, das Anständige, das Kleine, großen und andauernden Mut braucht, hat Ignatz Bubis uns gezeigt. Am Ende seines Lebens hat er, der sich die Versöhnung vorgenommen hatte, die Nüchternheit, um festzustellen, er sei unversöhnt geblieben unter uns. Nicht einmal begraben, möchte er hier sein. Wir nehmen Abschied von Ignatz Bubis. Ein „Kaddisch“ für den Gerechten können wir nicht beten, wir haben es nicht gelernt. Aber das Lied der Moorsoldaten, das können wir.

Exekutivkomitee
des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den
Wiederaufbau der KPD

August 1999

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Tulbeckstr. 4, 80339 München

Telefon 089/54070347 - Telefax 089/54070348

Internet: <http://www.arbeiterbund-fuer-den-wiederaufbau-der-kpd.de>

DM 1,-